

Rechte Gewalt

Gefährliche Ignoranz

Seit 1990 wurden mindestens 187 Menschen von rechten Tätern getötet. Die Behörden führen aber nur 109 Fälle und reagieren zögerlich. Wie kann das sein?

Von **Toralf Staud, Frank Jansen, Heike Kleffner** und **Johannes Radke**

30. September 2020, 13:00 Uhr / [142 Kommentare](#) /

In der Nacht des 18. April 2018 rast die [Feuerwehr](#) in die Kuchenbergstraße im saarländischen Wiebelskirchen. [Ein ehemaliger Gasthof in dem 9.000-Einwohner-Ort brennt](#) [<https://www.ffw-neunkirchen-innenstadt.de/einsatzberichte/123-2018-wohnhausbrand-mit-menschenrettung/>]. Im ersten und zweiten Stock stehen Menschen an den Fenstern und rufen um Hilfe, während aus anderen Fenstern schon meterhohe Flammen schlagen. Auf der Rückseite des Hauses haben sich Bewohner auf das schräge Ziegeldach gerettet, die Füße in die Dachrinnen gestemmt, um nicht abzurutschen. Mit Leitern und Sprungkissen können 14 Menschen gerettet werden, darunter vier Kinder. In dem Gebäude hatte die Stadt Wohnungen angemietet zur Unterbringung Geflüchteter, vor allem von Menschen aus Syrien.

Obwohl 120 Feuerwehrleute im Einsatz sind, wird das Haus komplett zerstört, erst am Mittag des nächsten Tages sind die letzten Glutnester gelöscht. In einer Dachwohnung wird [der Leichnam eines Bewohners gefunden, Philip W.](#) [https://www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/neunkirchen/neunkirchen/ein-toter-bei-brand-in-wiebelskirchen_aid-17124855], er ist im Schlaf am Rauch erstickt. Brandursache war ein angezündeter Kinderwagen im Hausflur, von wo aus sich das Feuer über das Treppenhaus ausbreitete.

Fast ein Jahr später, im März 2019, stehen zwei Männer aus der Gegend vor Gericht, [ein 29-Jähriger wird schließlich zu acht Jahren Haft verurteilt.](#) [<https://www.sol.de/news/update/News-Update,345076/Saarbruecken-Prozess-vorm-Landgericht-Toedlicher-Brand-in-Neunkirchen-Urteil,339733>] Im Prozess sagt er, er habe es "diesen Ausländern heimzahlen" wollen, weil sie zuvor angeblich seine Freundin beleidigt hatten.

Mindestens 78 Tote fehlen in den offiziellen Statistiken

Auch wenn Philip W. nicht das eigentliche Ziel des Brandanschlags war, so wurde er doch Opfer einer rassistischen Tat. Die Lokalzeitungen berichteten, doch überregionale Aufmerksamkeit erregte der Fall nicht. Auch in offiziellen Statistiken zu [rechter Gewalt](#) taucht Philip W. nicht auf. Er ist bei Weitem nicht der einzige. Mehr als 70 weitere Menschen, die in Deutschland seit der Wiedervereinigung durch rechtsmotivierte Taten ums Leben kamen, fehlen in den staatlichen Zahlenwerken. Die Innenministerien von Bund und Ländern verzeichnen lediglich 109 Tote – tatsächlich jedoch waren es, wie Recherchen von ZEIT ONLINE und *Tagesspiegel* belegen, mindestens 187. Darüber hinaus stieß das Rechercheteam auf [weitere 64 Verdachtsfälle](#) [<https://www.zeit.de/gesellschaft>

[zeitgeschehen/2018-09/rechtsxtremismus-todesopfer-gewalt-verdacht] - bei diesen spricht sehr viel für rechtsextreme Täter, aber letzte Zweifel konnten nicht ausgeräumt werden.

ein Fall ③ mehrere Fälle am selben Ort



Fatih Saraçoğlu

anerkannt männlich Rassismus Hessen

Acht junge Männer und eine zweifache Mutter sterben am 19. Februar 2020 in Hanau, als

+ [weiterlesen](#)

+ ALLE 187 FÄLLE ANZEIGEN

Vor genau 20 Jahren, im September 2000, wurden erstmals Ergebnisse dieser Langzeit-recherche veröffentlicht, damals von *Tagesspiegel* und *Frankfurter Rundschau*. Zum Ende der extrem gewalttätigen "Baseballschlägerjahre" [https://www.zeit.de/2019/46/neonazis-jugend-nachwendejahre-ostdeutschland-mauerfall] der ausgehenden Neunziger sprachen die Behörden von lediglich 26 Menschen, die ihr Leben bei Angriffen

rechtsmotivierter Täter verloren hätten. Tatsächlich waren es zu diesem Zeitpunkt schon mindestens 93 [<https://www.tagesspiegel.de/politik/rechte-gewalt-seit-der-einheit-93-tote/165770.html>]. Der damalige rot-grüne Innenminister Otto Schily räumte denn auch "Erfassungsdefizite" ein, im Folgejahr reformierten Bund und Länder die offizielle Zählweise grundlegend [<https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/264158/pmk-methoden-und-debatten>].

Viele Jahre lang wiegelten die Behörden meist ab

Das war ein großer Fortschritt, doch in der Praxis von Polizei, Staatsanwaltschaften und Justiz rutschten und rutschen auch weiterhin zahlreiche Fälle durchs Erfassungsraster. Als zehn Jahre später, im September 2010, die Liste durch ZEIT ONLINE und Tagesspiegel aktualisiert wurde [<https://www.zeit.de/politik/2010-09/rechte-gewalt-reaktionen>], ergaben die Recherchen bereits 137 Tote seit der Wiedervereinigung. Die Behörden sahen zu jenem Zeitpunkt nur gut ein Drittel davon.

Diesmal passierte – nichts. Lediglich die Bundestagsfraktion der Linkspartei griff das Thema auf und stellte eine Große Anfrage. Das Innenministerium der nun schwarz-gelben Bundesregierung antwortete im September 2011 [<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/071/1707161.pdf>] fast patzig. Die offizielle Statistik bilde das Phänomen "realistisch und umfassend ab", beschied das Ministerium unter Leitung von Hans-Peter Friedrich (CSU), die Zahl der Todesfälle liege bei 47, und eine Medienrecherche "vermag dieses Ergebnis nicht in Zweifel zu ziehen".

Das NSU-Desaster



Mehrere Tausend Menschen, unter ihnen Angehörige der Opfer der rechtsextremen Terrorgruppe NSU, protestierten nach der Urteilsverkündung in München und zeigten Bilder der Opfer. © [M] Christian Mang/imago images

Zwei Monate später flog die Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) auf. Die geschockte Öffentlichkeit erfuhr, dass rechtsextreme Mörder mehr als zehn Jahre lang unerkannt durchs Land ziehen können. Fortan ließ sich selbst für die größten Abwiegler nicht mehr bestreiten, dass es den Sicherheitsbehörden bisweilen schwerfällt, Gewalt von rechts als solche zu erkennen.

Nach dem Auffliegen des NSU gelobte der Staat Besserung

Nach dem NSU-Desaster wurden Untersuchungsausschüsse und Sonderermittler eingesetzt, der Staat gelobte Besserung. Zweifellos bemühen sich die Behörden seitdem vielerorts um einen genaueren Blick. Mit begrenztem Erfolg. Dreimal, im Frühjahr 2013 [<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2013-03/todesopfer-rechtsextremismus>](152 Tote), im Sommer 2015 [<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2010-09/todesopfer-rechte-gewalt>] (156 Tote) und im Herbst 2018 [<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-09/rechte-gewalt-rechtsextremismus-terrorismus-statistik-kritik>] (169 Tote), veröffentlichten ZEIT ONLINE und *Tagesspiegel* neue Listen. Doch die Diskrepanzen zwischen staatlichen und unabhängigen Zählungen blieben weiterhin groß.

Wie kann das sein? An unterschiedlichen Kriterien jedenfalls liegt die Differenz nicht. Auch das Rechercheteam verwendet die 2001 eingeführte offizielle Definition für sogenannte politisch-motivierte Kriminalität (kurz: PMK) [https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/pmk_node.html;jsessionid=63DC10663D70B56260717896AF8144CE.live2291]. Diese liegt vor, wenn – so die Formulierung in sperrigem Behördendeutsch:

"in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie ... aufgrund von Vorurteilen des Täters bezogen auf Nationalität, ethnische Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, sozialen Status, physische und/oder psychische Behinderung oder Beeinträchtigung, Geschlecht/sexuelle Identität, sexuelle Orientierung oder äußeres Erscheinungsbild begangen werden. Diese Straftaten können sich unmittelbar gegen eine Person oder Personengruppe, eine Institution oder ein Objekt/eine Sache richten, welche(s) seitens des Täters einer der o. g. gesellschaftlichen Gruppen zugerechnet wird ... oder sich im Zusammenhang mit den vorgenannten Vorurteilen des Täters gegen ein beliebiges Ziel richten".

Die tödliche Brandstiftung von Wiebelskirchen erfüllt diese Kriterien eindeutig. Im Prozess gegen die Täter sah die Staatsanwaltschaft das auch genauso. Justizintern wurde der Fall als "Hasskriminalität – fremdenfeindlich" eingestuft, so die Auskunft der Pressestelle. Die Polizei hingegen tat dies nicht. Und für die offizielle Statistik ist nicht die Justiz zuständig, sondern das Landeskriminalamt des jeweiligen Bundeslandes. Fragen zu den Gründen seiner abweichenden Bewertung beantwortete das LKA Saar bis Redaktionsschluss nicht.



Walter Lübcke, Regierungspräsident in Kassel, war der erste Politiker, der in der Bundesrepublik offenbar einem rechtsextremen Attentat zum Opfer fiel. © [M] Peter Hartenfelser/imagos images

Von 18 neu aufgenommenen Todesfällen sind lediglich 13 offiziell anerkannt

Genau 20 Jahre nach der ersten Veröffentlichung – und kurz vor dem 30. Jahrestag der Wiedervereinigung – legen ZEIT ONLINE und *Tagesspiegel* nun wieder eine Liste von Toten durch rechte Gewalt vor. Die aktuelle Zahl liegt derzeit bei 187.

Doch lediglich 13 der 18 Fälle, die seit der jüngsten Veröffentlichung neu aufgenommen wurden, sind auch von den Behörden anerkannt: Da ist zum einen der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke (CDU) [<https://www.zeit.de/thema/walter-luebcke>] – mit ihm wurde 2019 erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik ein Politiker offenbar von Rechtsextremen ermordet. Im Oktober desselben Jahres erschoss ein antisemitischer Täter in Halle zwei Unbeteiligte, nachdem sein Anschlag auf die dortige Synagoge [<https://www.zeit.de/thema/halle-an-der-saale>] fehlgeschlagen war. Im Februar 2020 löschte der rassistische Serienmörder von Hanau [<https://www.zeit.de/thema/hanau>] neun Menschenleben aus. Ebenfalls in den staatlichen Statistiken verzeichnet ist Christopher W. – der 27-Jährige wurde im April 2018 im sächsischen Aue von drei Rechten aus Schwulenfeindlichkeit umgebracht. ZEIT ONLINE hatte ihn schon vor zwei Jahren genannt, da allerdings lediglich als Verdachtsfall. Das Landeskriminalamt in Dresden erkannte jedoch im Dezember 2018 die politische Motivation offiziell an [<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/104/1910464.pdf>].

Fünf weitere Tote aber ignorieren die Behörden: Neben dem in Wiebelskirchen verbrannten Philip W. auch den 37-jährigen Christian Sonnemann. Er wurde im Dezember 2017 im niedersächsischen Katlenburg-Lindau von Mitgliedern einer okkulten Neonazisekte verprügelt und erdrosselt [<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-09/rechtsradikalismus-katlenburg-okkultismus-sekte-folter>]. Sie hätten die Welt "von einem Trinker befreit", bekundeten die Täter hernach.

Neue Fälle aus den Baseballschlägerjahren



In Hanau wurde Ferhat Unvar zu Grabe getragen, eines der zehn Opfer eines rechtsextremen Attentäters. © Thomas Lohnes/Getty Images

Dann sind da noch drei Fälle aus den Baseballschlägerjahren. Sie zeigen, dass man bei gründlichen Recherchen auch heute noch Todesfälle finden kann, die bislang in sämtlichen Statistiken fehlten: zum Beispiel Alexandra Rousi. Sie starb 1994 in Paderborn, als ein 60-jähriger, bis dahin nicht als Rechtsextremist bekannter Nachbar zur Tankstelle ging, zwei Eimer Benzin holte und damit das Haus in Brand steckte, in dem unter anderem die griechischstämmige Familie wohnte, zu der Alexandra Rousi gehört. Zuvor hatte er sie als "Kanaken", "Ratten" und "Ausländerschweine" beschimpft. Zu

polizeilichen Ermittlungen oder einem Prozess kam es nicht, da der Täter ebenfalls bei dem Brand starb. Der Fall geriet in Vergessenheit, auch weil sich in Paderborn niemand um ein würdiges Erinnern kümmerte. Nur durch Zufall wurde das Rechercheteam auf Alexandra Rousi aufmerksam: Eine Anruferin erzählte, sie habe während eines Griechenland-Urlaubs von ihrem dort lebenden, noch immer traumatisierten Sohn und der Schwiegertochter von dem Brandanschlag erfahren; Nachprüfungen bestätigten dann den Fall.

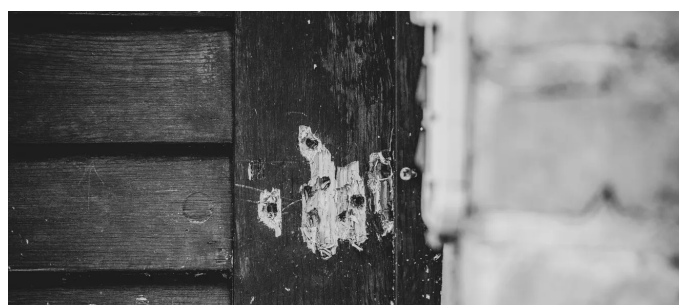
Oder Friedrich Maßling. Der Obdachlose wurde 1993 in Bad Segeberg (Schleswig-Holstein) von zwei Neonaziskinheads zu Tode geprügelt. Oder Rolf Baginski. 1991 schlugen ihn drei Neonazis in Nordhausen brutal zusammen, beleidigten ihn als "asoziale Erscheinung". Er starb später an den Folgen des Überfalls, einer der verurteilten Täter wurde im Gefängnis vom Verfassungsschutz als V-Mann angeworben.

Die Lücken in den Statistiken haben viele Ursachen

Für seine Liste hat das Rechercheteam von ZEIT ONLINE und *Tagesspiegel* im Laufe der Jahre Hunderte Gerichtsurteile und Ermittlungsakten gesichtet, alte Lokalzeitungen und Stadtarchive durchforstet, hat mit Angehörigen, Hinterbliebenen und Tatzeugen gesprochen, mit Staatsanwälten und Nebenklägern, mit lokalen Antifa-Gruppen, Richtern und Polizisten. Aufgenommen wurden letztlich nur Taten, die sich klar als rechtsmotiviert einordnen ließen.

Dass in den offiziellen Zählungen so viele Tote fehlen, hat verschiedene Gründe. Es beginnt schon damit, dass Motive naturgemäß schwer zu ermitteln sind. Häufig schweigen Gewalttäter oder leugnen politische Hintergründe, weil sie strafverschärfend wirken könnten. Und die Mühe, den Motiven nachzuspüren, machen sich überarbeitete Ermittler oft nicht. Ihnen genügt, einen Tatverdächtigen überführt zu haben. Eine weitere Ursache ist, dass das Zahlenwerk eine sogenannte Eingangsstatistik ist: Straftaten werden immer gleich zu Beginn der Ermittlungen erfasst, politische Motive zeigen sich jedoch oft erst später, gelegentlich erst im abschließenden Gerichtsprozess. Dann sollten Taten eigentlich nachgemeldet werden, doch in der Praxis geht das oft unter.

Auch kommt es vor, dass Polizeibeamte eine rassistische oder anderweitig rechtsextreme Motivation nicht sehen [<https://www.zeit.de/news/artikel/2007/05/11/102441.xml/komplettansicht>] oder sehen wollen. Richter erzählen [<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2010-09/przybilla-richter-rechtsextreme-gewalttaten/komplettansicht>], dass in Urteilen bisweilen politische Hintergründe ausgeblendet werden, weil es mehr Arbeit beim Schreiben des Urteils macht und es so revisionsanfälliger werden könnte. Schließlich entsteht die offizielle Statistik dezentral, auf Bundesebene werden lediglich die Meldungen aus den einzelnen Landeskriminalämtern gesammelt und zusammengestellt.





Mit Schüssen versuchte der Attentäter von Halle, die Tür der dortigen Synagoge zu öffnen. Sie hielt stand. © [M] Jens Schlueter/Getty Images

Gründliche Selbstkritik zeigten bisher nur ostdeutsche Bundesländer

Auch die Bereitschaft zum genauen Hinschauen ist von Land zu Land unterschiedlich ausgeprägt – das zeigt sich spätestens bei der Reaktion auf Kritik. Vielerorts wird weiterhin abgewiegelt, interessanterweise in Westdeutschland stärker als im Osten. Nach dem NSU-Schock ließ als erster der sachsen-anhaltische Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) die Diskrepanz zwischen offiziellen und unabhängigen Zählungen in einer großangelegten Untersuchung prüfen. 2012 korrigierte das Land rückwirkend die Bewertung von immerhin drei Fällen aus den Neunzigerjahren

[<https://www.tagesspiegel.de/politik/offizielle-statistik-zahl-der-todesopfer-rechter-gewalt-offiziell-nach-oben-korrigiert/6612928.html>]. Es folgten Sachsen und Brandenburg, die insgesamt elf Tote nachträglich als Opfer rechtsmotivierter Gewalt einstuften [<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-06/rechte-gewalt-todesopfer-zahlen-brandenburg>]. Zuletzt meldete Berlin nach einer wissenschaftlichen Überprüfung von Altfällen 2018 sieben Tote für die bundesweite Statistik nach [<https://www.tagesspiegel.de/berlin/rechtsextremismus-in-berlin-die-liste-der-todesopfer-rechter-gewalt-wird-laenger/21249856.html>].

Auch nach der Veröffentlichung im Herbst 2018 korrigierten die Behörden einige Entscheidungen, in einzelnen Fällen auch im Westen: Das bayerische Landeskriminalamt erkannte jene neun Menschen als Opfer rechter Gewalt an [<https://www.zeit.de/news/2019-10/25/ermittler-muenchner-amoklauf-war-rechtsradikal-motiviert>], die 2016 von einem Rassisten im und am Münchner Olympia-Einkaufszentrum erschossen wurden. Zuvor war von einem "Amoklauf" die Rede gewesen. Ganze 16 Jahre nach der Tat stufte Nordrhein-Westfalen einen Dreifachmord in Overath 2003, begangen von einem Neonazi, als politisch-motiviert ein [<https://www.tagesspiegel.de/politik/offizielle-zahl-nach-oben-korrigiert-100-menschen-seit-der-wiedervereinigung-von-rechtsextremisten-getoetet/25319132.html>]. Zwei weitere Fälle erkannte Sachsen nachträglich an: die Rentnerin Ruth K., die 2017 in der Kleinstadt Döbeln bei einem rassistischen Brandanschlag starb [<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-09/rechtsextremismus-rassismus-brandstiftung-statistik-landeskriminalamt-sachsen-kritik>], sowie den bereits erwähnten Christopher W. aus Aue, der erschlagen wurde, weil er schwul war.

Warum sind ungenaue Statistiken ein Problem?

Damit werden nun also 109 von mindestens 187 Opfern rechtsmotivierter Gewalt auch

offiziell als solche eingestuft. Erstmals seit dem Start des Rechercheprojekts steigt damit der Anteil der staatlich anerkannten Fälle auf über die Hälfte. (Bei der ersten Veröffentlichung 2000 betrug die "Anerkennungsquote" nur gut ein Viertel.) Doch noch immer fehlen bundesweit 78 Todesfälle in den offiziellen Statistiken. Das ist aus mehrerlei Gründen problematisch. Zum einen klagen Hinterbliebene häufig, es fühle sich an wie ein Schlag ins Gesicht, wenn rassistische oder anderweitige Hasstaten vom Rest der Gesellschaft als unpolitische, alltägliche Kriminalität wahrgenommen werden.

Oft übersehen: Obdachlose



Menschen gedenken der Opfer des Attentäters vom Olympia-Einkaufszentrum in München. © [M] Christof Stache/AFP/Getty Images

Zum anderen sind halbwegs reale Zahlen wichtig für öffentliche Debatten, wo häufig pauschal vor "Extremismen jeder Art" gewarnt wird. Auch wenn man Tote nicht gegeneinander aufrechnen darf und Islamismus wie Linksextremismus sicherlich hochgefährlich sind – der blanke Vergleich von Fallzahlen ist schon frappierend: bei der Gewalt von links verzeichnen offizielle Statistiken einen Toten seit 2001 [<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/040/1904058.pdf>], unabhängige Stellen kommen seit der Wiedervereinigung auf acht [http://fgem.de/wiki/index.php?title=Todesopfer_linksmotivierter_Gewalt_seit_1968]. Islamistische Anschläge forderten hierzulande nach Zählung des Bundeskriminalamts bisher 17 Tote [<https://www.tagesspiegel.de/politik/bka-legt-liste-offen-17-todesopfer-islamistischer-gewalt/24355372.html>]. Opfer rechtsextremer Gewalt: bald 200.

Vor allem aber brauchen die Sicherheitsbehörden selbst zutreffende Statistiken. Sie sind einer der wichtigsten Ausgangspunkte für sogenannte Lagebilder und Gefahrenanalysen. Auf deren Basis wiederum planen Polizei und Justiz den Einsatz ihrer Kräfte, Innen- und Haushaltspolitiker setzen finanzielle Prioritäten. Wird jedoch Gewalt von rechtsaußen systematisch unterschätzt, kann der Staat nicht angemessen darauf reagieren. Nach den Al-Kaida-Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA zum Beispiel wurde im Bundesamt für Verfassungsschutz die Arbeit zu Islamismus massiv hochgefahren, die eigenständige Abteilung für Rechtsextremismus hingegen aufgelöst [<https://www.spiegel.de/spiegel/vorab/a-809109.html>]. Auch der später entlassene Behördenchef Hans-Georg Maaßen wollte vor allem die Islamismusbekämpfung ausbauen [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-09/bundesamt-fuer-verfassungsschutz-stellenzuwachs-umstrukturierung-hans-georg-maassen>] (sein Nachfolger Thomas Haldenwang korrigierte diesen Kurs inzwischen

Zum Thema

Rechtsradikalismus

Wo ein Leben nichts wert ist

[<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-09/rechtsradikalismus-katlenburg-okkultismus-sekte-folter>]

Neonazis

Und immer wieder das Gefühl, dass die Polizei nicht helfen wird

[<https://www.zeit.de/2019/46/neonazis-jugend-nachwendejahre-ostdeutschland-mauerfall>]

Todesopfer rechter Gewalt

187 Schicksale

[<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-09/todesopfer-rechte-gewalt-karte-portraet>]

Weitere Beiträge → [<https://www.zeit.de/thema/rechtsextremismus>]

[<https://www.tagesspiegel.de/politik/neuer-chef-thomas-haldenwang-verfassungsschutz-verstaerkt-kampf-gegen-rechtsextremismus/23789238.html>]).

Besonders häufig übersehen werden Taten gegen Obdachlose oder andere Randgruppen

Analysiert man die Liste von ZEIT ONLINE und *Tagesspiegel* genauer, sieht man, dass die meisten Taten, wenig überraschend, einen rassistischen Hintergrund hatten. Doch schon an zweiter Stelle folgen Angriffe auf Obdachlose und andere sozial Randständige. Solche Taten aber erregen kaum öffentliche Aufmerksamkeit, die zentrale Stellung des Sozialdarwinismus im Rechtsextremismus ist kaum jemandem bewusst, auch Polizei und Justiz nehmen diese Fälle oft nicht wahr. Während bei den rassistischen Taten lediglich rund ein Drittel in der offiziellen Statistik fehlt, sind es bei Taten gegen sozial Benachteiligte mehr als die Hälfte.

Die Liste erlaubt auch differenzierte Blicke auf die Täter. Ein neuer Typus ist hinzugekommen: Täter wie in Halle oder Hanau, die sich online radikalisiert haben und ihre Tat gezielt im Internet glorifizieren. Dies war in den Neunzigerjahren schon aus technischen Gründen nicht möglich.

Eine andere These hingegen muss relativiert werden: Als von 2015 an die Zahl von Anschlägen auf Flüchtlingsheime in die Höhe schoss, wiesen Sicherheitsbehörden darauf hin, plötzlich gebe es sehr viele Tatverdächtige, die zuvor überhaupt nicht als rechtsextrem in Erscheinung getreten seien. Doch schon eine ZEIT-ONLINE-Recherche von 2016 zeigte [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-02/rassismus-gewalt-notunterkuenfte-gefluechtete-rechter-terror>], dass dies so nicht stimmt: Bei genauer Betrachtung nämlich fanden sich bei der Mehrzahl der Verdächtigen sehr wohl Indizien, dass sie schon vor der Tat rechte Ideologien und Kontakte pflegten. Wirklich unauffällige Bürger, die plötzlich rassistische Gewalttäter wurden, gab es hingegen nur selten. Ergänzend dazu belegt das Langzeitprojekt, dass dieser Tätertypus kein neues Phänomen der jüngsten Welle rassistischer Anschläge war. Vereinzelt gab es ihn auch schon während der Baseballschlägerjahre [<https://www.zeit.de/video/2020-12/rechte-gewalt-ostdeutschland-neonazis-baseballschaegerjahre>], wie etwa der gerade erst neu

aufgenommene Brandanschlag 1994 in Paderborn zeigt, bei dem Alexandra Rousi starb.

Niedersachsen könnte das erste Westland werden, das Altfälle gründlich überprüft

Nicht zuletzt offenbart die Liste der 187 Toten große Unterschiede zwischen den Sicherheitsbehörden in Ost und West. In den alten Ländern ist die Sehschwäche der Sicherheitsbehörden offenbar deutlich größer. Zumindest haben die meisten Ostländer die Probleme der Vergangenheit eingeräumt, sich um Fehlerkorrektur bemüht und Altfälle häufig wissenschaftlich und unabhängig überprüfen lassen. In Sachsen und Brandenburg sind rund 70 Prozent aller Fälle auch offiziell anerkannt, in Berlin sogar mehr als 80 Prozent. Zuletzt hat in Thüringen die rot-rot-grüne Koalition eine gründliche Untersuchung der bisherigen Bewertungspraxis auf den Weg gebracht [<https://www.gruene-thl.de/aufarbeitung/r2g-verabschiedet-antrag-zur-ueberpruefung-von-todesfaellen-rechter-gewalt-thueringen>].

Im Westen hingegen: Schweigen. Auch dort wurden zwar in Einzelfällen krasse Fehleinschätzungen korrigiert, etwa beim angeblichen "Amoklauf" von München. Eine systematische und vor allem unabhängige Überprüfung hingegen gab und gibt es bis heute in keinem einzigen der alten Länder. Spricht man mit Landeskriminalämtern oder Innenministerien, ist immer wieder kühl zu hören, man sehe keinen Anlass zu Selbstkritik. Dabei liegt der Anteil der anerkannten Toten an der Gesamtzahl in etlichen westdeutschen Ländern unter 50 Prozent. In Baden-Württemberg zum Beispiel findet sich lediglich ein Drittel der Todesfälle auch in der offiziellen Statistik, in Niedersachsen bloß ein Fünftel. In Rheinland-Pfalz liegt die Quote gar bei null Prozent. Kein einziger der drei dort seit der Wiedervereinigung zu verzeichnenden Toten durch rechte Gewalt ist auch behördlich anerkannt.

In Niedersachsen immerhin wird eine generelle Überprüfung der bisherigen Zählung derzeit diskutiert [https://www.landtag-niedersachsen.de/parlamentsdokumente/steno/18_wp/endber069.pdf], die Grünen haben einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht [<https://www.julia-hamburg.de/im-landtag/artikel/antrag-kriterien-zur-erkennung-todesopfer-rechter-gewalt-anpassen-ueberpruefung-der-offenen-faelle.html>]. Er wurde im Januar in den Innenausschuss zur Beratung überwiesen, dort liegt er seither.

DAS PROJEKT

Seit 2010 dokumentieren ZEIT ONLINE und der *Tagesspiegel* alle Fälle, in denen Menschen von rechtsmotivierten Tätern getötet wurden. Die Dokumentation Todesopfer rechter Gewalt betrachtet den Zeitraum seit 1990. Sie stützt sich auf ein Vorgängerprojekt, an dem die *Frankfurter Rundschau* beteiligt war.

Alle Artikel finden Sie hier:

- 187 Schicksale: Seit 1990 wurden in Deutschland weit mehr Menschen von rechtsmotivierten Tätern umgebracht, als die Behörden anerkennen. Wir dokumentieren auf einer interaktiven Karte alle Opfer und Taten. [<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-09/todesopfer-rechte-gewalt-karte-portraet>]
- Gefährliche Ignoranz: Seit 1990 wurden mindestens 187 Menschen von rechten Tätern getötet. Die Behörden führen aber nur 109 Fälle und reagieren zögerlich. Wie kann das sein? [<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-09/rechte-gewalt-todesopfer-bundeskriminalamt-wiedervereinigung>]
- Erstochen, erschlagen, verbrannt: In 64 Verdachtsfällen fehlt der letzte Beweis für die Motivation. Haben Sie Hinweise? [<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-09/rechtsxtremismus-todesopfer-gewalt-verdacht>]
- 2017 wird ein junger Mann von Mitgliedern einer rechten Okkultismus-Sekte zu Tode gefoltert. Doch in offiziellen Statistiken zu rechter Gewalt taucht der Fall nicht auf. [<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-09/rechtsradikalismus-katlenburg-okkultismus-sekte-folter>]

AUTOREN

Frank Jansen, Heike Kleffner, Johannes Radke und **Toralf Staud** bilden das Recherche- und Autorenteam der Dokumentation Todesopfer rechter Gewalt.

UMSETZUNG

Die interaktive Karte und die Übersicht der Opfer wurden von **Steffen Hänsch, Paul Blickle, Julian Stahnke** und **Sascha Venohr** umgesetzt

Die Bildredaktion lag bei **Sabine Bergmann** und **Andreas Prost**.

DANK

Wir danken allen, die uns bei den Recherchen unterstützt haben – insbesondere den Angehörigen der Getöteten, den Archiven apabiz e.V. in Berlin und a.i.d.a. in München, außerdem Pressestellen von Justizbehörden und Polizei, zahlreichen Prozessbeteiligten und -beobachtern, Stadtarchiven und Lokaljournalistinnen und -journalisten.

ERINNERUNG

An Einzelschicksale erinnern auch die Wanderausstellung *Kein schöner Land – Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg* [<https://www.todesopfer-rechter-gewalt-in-brandenburg.de>] sowie die Onlinedokumentation *Wir erinnern an Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt*

[<http://www.rechte-gewalt-sachsen-anhalt.de>].

TRANSPARENZHINWEIS

Heike Kleffner arbeitet seit April 2018 auch als Geschäftsführerin des Bundesverbandes der Beratungsstellen für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG).